

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint (Kgl. Hof) (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 56, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.50. Monatlich 55 Pfg. Postgebühren Nr. 4008a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergeplante Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Sammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 144.

Dienstag den 24. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Steige eine Zeile.

## 4. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Th. Stuttgart, Freitag, 20. Juni 1902.

Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt der Vorsitzende Legien mit, daß der Vertreter der Reichsregierung ihn betreffs der gestrigen Anfrage des Vertreters der Gewerkschaften, Müller Hamburg, zu der Erklärung ermächtigt habe, daß die Delegation der Reichsregierung lediglich zu informativem Zweck auf dem Kongress anwesend sei. Er könne, da ihm auch das amtliche Material in dieser Angelegenheit fremd, also keine Auskunft erteilen, werde aber nicht verfehlen, den Fall bei seiner Berichterstattung dem Staatssekretär des Innern vorzutragen, damit von der zuständigen Stelle der Fall sofort untersucht und beantwortet werde. (Bravo!) Legien knüpft hieran die Hoffnung, daß dies nicht nur in diesem Falle geschehen werde, sondern daß die Herren Regierungsvertreter diese Praxis in allen von der Tribüne herab vorgetragenen Punkten, die hierhergehören, befolgen mögen. Mehr habe auch Niemand verlangt. (Zustimmung.)

Zu dem Punkt 4 der Tagesordnung: Hausindustrie. giebt König, Stuttgart ein ebenso umfassendes wie instruktives Referat, das dank seinem reichhaltigen statistischen Material jedenfalls Kennergraphischer Weitergabe bedarf. Hier nur soviel: Referat beschrieb die schauerhaften Zustände der hausindustriellen Distrikte Deutschlands in allen Branchen und Gegenden, wobei u. a. konstatiert wird, daß im schlesischen Eulengebirge Weberinnenlöhne bis herunter zu 30 Pfg. (dreißig Pfennig) pro Woche gezahlt worden seien. Da müsse man sich schon fragen, ob denn die Scham wirklich zu den Händen entflohen? Die Forderungen, die Referent bespricht, sind aus der Resolution ersichtlich. Beispiele aus der Schweiz, England, Amerika, Australien, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Holland, Schweden und Finnland erklärten, daß andere Kulturstaaten bereits viel weiter in dieser Hinsicht vorgeschritten sind, als das Land der vielgepriesenen Sozialreform. Bundesratsverordnungen sind wirkungslos, zur Geladung dieser tiefingestrichelten Krebsgeschäden am Volkskörper gehöre eine scharfe Sozialgesetzgebung. In den bürgerlichen Sozialreformkreisen zur Bekämpfung der Tuberkulose finde er Maßnahmen gegen die Wirkungen dieser Seuche, während man die Ursachen ruhig weiter bestehen lasse. Wo eine übergroße Anzahl Verbrauchsgüterstände in den hausindustriellen Besitzhänden der Lungenschwindsucht hergestelt werden, dort liegen die Wurzeln der eminentesten Infektionsgefahr! (Sehr richtig!) Die unheilvolle Ursache sei gelundheitsgefährlich — die menschenmordende Hausindustrie merkwürdigerweise nicht! Es müsse der Regierung klargemacht werden, daß die Notlage nicht erst beim Baron ansehe! (Sehr richtiger Beifall.)

Darauf wird ohne jede Diskussion folgende Resolution des Referenten einstimmig angenommen:

Zu Absatz 4 des Beschlusses, daß die Hausindustrie mit ihrer unbegrenzten Arbeitszeit, ihren niedrigen Löhnen und ungeliebten Arbeitsstätten nur dazu angethan ist, die darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wirtschaftlich und geistig zu verelenden, dem Unternehmertum die Möglichkeit bietet, jeglichen Arbeiterlohn zu ignorieren und somit die ständige Gefahr in sich birgt, die soziale Lage der in Fabriken, Werkstätten usw. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf das niedrigste Niveau herabzudrücken: erklärt der Kongress, daß einzig und allein durch ein vollständiges gesetzliches Verbot der Hausindustrie die Schäden derselben zu beseitigen sind.

Als Uebergangsstadium fordert der Kongress:

1. Ausdehnung der Arbeiterlohn- und Versicherungsgeetze auf die gesammten Heimarbeiter.
2. Vollständiges Verbot der Kinderarbeit.
3. Unterstellung der gesammten Heimarbeit unter die Kontrolle durch Gewerbeinspektion.
4. Erlass strenger Vorschriften über Einrichtung der Arbeitsstätten in der Heimarbeit.
5. Verpflichtung der Arbeitgeber und der sog. Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen beschäftigten Personen mit Wohnungszugehörigkeit zu führen und diese jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion zur Einsicht vorzulegen.
6. Verbot der Heimarbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen und der Nachtarbeit.
7. Verbot der Heimarbeit in Häusern und Arbeitsstätten, in denen eine ansteckende Krankheit ausgebrochen ist.
8. Unterstellung der Heimarbeiter unter die gewerblichen Schiedsgerichte bei Streitigkeiten zwischen ihnen und den Arbeitgebern resp. Zwischenmeistern, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen sind.
9. Erlass von Satzbestimmungen und Spezialvorschriften nach der Natur der einzelnen Zweige der Heimarbeit.
10. Verhängung strenger Strafen für Übertretung der gesetzlichen Vorschriften, für deren Einhaltung Arbeitgeber und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind.

Um diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen und die Gesamtbewertung auf die Gefahren der Hausindustrie aufmerksam zu machen, beantragt der Kongress die Generalkommission, während der nächsten Reichstagsession einen allgemeinen Heimarbeiterkongress nach Berlin einzuberufen und die Reichsregierung und einzelne Parteien des Reichstags dazu einzuladen.

Ferner erklärt der Kongress es als eine Pflicht aller gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, thätig an der Organisation der Heimarbeiter und Arbeiterinnen mitzuarbeiten.

Sodann legt Punkt 6 der ursprünglichen Tagesordnung zur Debatte: Arbeitslosen-Statistik und Arbeitslosen-Versicherung. Hierzu hat v. Elm als Referat eine Resolution eingebracht, welche eine Arbeitslosenversicherung

unter freier Selbstverwaltung der Arbeiter fordert. Eine zweite Resolution Tischendörffer fordert die Versicherung unter Mitverwaltung der Behörden und Arbeitgeber. Ein weiteres Amendement Jmle fordert noch die Einschaltung einer Lohn-tarif-Kommission.

v. Elm stellt die absolute Unzulänglichkeit der amtlichen Arbeitslosen-Zählungen fest, die erst unter thätiger Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen brauchbares Material liefern könnten zur statistischen Unterlage für die Versicherungsfrage. Wenn man an den Plan denke, den Ortskrankenkassen die Selbstverwaltung der Arbeiter zu entziehen, ein Plan, dessen eventuelle Durchführung namenlose Erbitterung hervorbringen würde, so müsse man freilich sehr pessimistisch bezüglich weiterer Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf diesem Gebiete werden. Allein der Plan einer Arbeitslosenversicherung sei nur Disfunktabel unter der Voraussetzung freier Selbstverwaltung der Arbeiter. Andererseits dürfe man doch ein Ubrücken von der subalternen Anschauung konstatieren, als seien die Gewerkschaften lediglich Streikvereine. Darüber, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution laure, sei man in der Regierung längst hinaus. Man müsse aber noch weiter gehen und auf möglichst vielen Gebieten die Selbstbetätigung der Arbeiter anzuregen suchen. Er ersucht um Annahme seiner Resolution.

Zunächst kamen dann die Stellen der Abänderungs- bzw. Erweiterungsanträge, Tischendörffer und Jmle, zum Wort. Beide vertraten ihre Anträge in entscheidender Weise. An der Diskussion, die sich bis weit in die Nachmittagsstunde hinein zog, beteiligten sich u. a. Kerschauer, der den Standpunkt v. Elms gegenüber Tischendörffer vertrat, Frau Zieg, R. Schmidt-Berlin, der alte Gewerkschaftsleiter Gienlich, Zürich, der neben dem Problem der Reichs- und Kommunal-Arbeitslosenunterstützung noch jenes der einzelstaatlichen empfahl, z. B. in seinem Schlusswort ging v. Elm in sämtlichen Einwürfen der Diskussionsredner durch, wobei er speziell der vertrauensseligen Haltung Tischendörffers scharf entgegentrat.

Die Abstimmung ergab die beinahe einstimmige Annahme der Resolution v. Elm mit den Ergänzungsanträgen des Jmle, so daß dieselbe nunmehr folgendermaßen lautet:

1. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist; die Arbeitslosenunterstützung darf nicht den Charakter eines Almosen oder einer Armenunterstützung tragen und keinerlei Kürzung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter nach sich ziehen.

2. Als Voraussetzung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung fordert der Kongress das uneingeschränkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts in Gewerbe, Hausindustrie, Schiffahrt, Landwirtschaft, Staatsbetrieben und in häuslichen Diensten, die Anerkennung der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Gewerbes herrschenden Laizität, die Gewährung der Rechtsfähigkeit an die beruflichen Organisationen, die Vornahme regelmäßiger Arbeitslohnzahlungen und die rechtsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung durch Organisationen von Arbeitssuchenden, zu deren Erhaltung und Unterhaltung die Einzelstaaten und die Gemeinden zu verpflichten sind, ohne Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit.

3. Der Kongress bewirkt jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosenunterstützung am Orte oder auf der Reise zahlende zentrale oder lokale Berufsverbände.

4. Die Deckung der Kosten des Reichs-Arbeitslosenversicherungs-Zuschusses geschieht zur Hälfte aus Reichsmitteln, die andere Hälfte der Kosten ist durch die Berufsgenossenschaften zu decken. Je nach den Anforderungen für die einzelnen Berufe hat das Reich-Verständnisamt die durch die Berufsgenossenschaften zu zahlenden Beiträge festzusetzen, die von diesen auf dem Wege des Umlageverfahrens von den Arbeitgebern zu erheben sind.

5. Der Kongress empfiehlt den Gewerkschaften als Vorbedingung eines solchen Reichszuschusses die Einführung resp. den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, um auf diese Weise die einzig annehmbare versicherungsgesetzliche und organisatorische Grundlage der Staatsubvention zu schaffen.

Mittelsweise vor Nachmittags auch noch der zweite Bürgermeister Stuttgart, Dr. Stodtmahr, zu den Verhandlungen erschienen. Bei Beginn des Referates über den nächsten Punkt verließen die Regierungsvertreter den Saal, die bisher sehr selten an Verhandlungen mit offenkundigstem Interesse folgten.

Es folgt Punkt 7: Das Koalitionsrecht der Eisenbahner, zur Debatte, zusammen mit zwei Resolutionen, die sich mit der Lage der Straßenbahner und Gärtner befaßten, denen später noch eine weitere bezüglich der Landarbeiter folgte. Der Referent Wirtz-Dresden giebt dem Kongress eine Aufklärung über die Dienstverhältnisse der Eisenbahner im Allgemeinen sowie Beispiele von schändlichem Terrorismus im Besonderen und ersucht um Annahme seiner Resolution. Aehnlich spricht Schumann-Berlin für die Straßenbahner-Resolution, indem er auf die charakteristischen Straßenbahner Streiks in verschiedenen Städten hinweist und die Stellung der Behörden darin auseinandersetzt. Umbreit empfiehlt kurz die Gärtner-Resolution, in der alles Erforderliche enthalten. Für die Landarbeiter-Resolution spricht Frau Zieg-Hamburg, indem sie die absolute Schutzlosigkeit der Landarbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Ausbeutung der Kinderarbeit charakterisiert. Nach kurzer Diskussion werden die in Betracht kommenden vier Resolutionen einstimmig angenommen. Sie lauten:

I. In Erwägung, daß die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der deutschen Eisenbahner konform sind den wirtschaftlichen Interessen aller in Handel, Industrie und Landwirtschaft erwerbsthätigen Personen,

in weiterer Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner, ihre Erndtungs- und die Dauer ihrer Arbeitszeit, von Einfluß sind auf die Betriebsfähigkeit der Eisenbahnen und die Sicherheit weiter Kreise der Bevölkerung,

daß ferner das nach § 152 der Gewerbeordnung allen Ge-

werbetreibenden, gewerblichen Gehilfen, Gesellen und Fabrikarbeitern gewährleistete Koalitionsrecht den Eisenbahnangestellten und Arbeitern abjetten der Eisenbahnverwaltungen freigegeben wird, in der Vorkhaltung des Koalitionsrechtes aber offenkundig das Bestreben und Festhalten der Eisenbahnverwaltungen an rücksichtsloser uneingeschränkter Ausbeutung des Personals zum Ausdruck kommt, beschließt der vierte Deutsche Gewerkschaftskongress:

Es ist energisch dahin zu wirken, daß von gesetzgeberischer Seite baldigst Maßnahmen ergriffen werden, welche geeignet sind, den Eisenbahnern das Koalitionsrecht unter allen Umständen zu sichern.

Ferner verlangt der Kongress, ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß jeder Mensch das Recht haben muß, seiner politischen Anschauung freien Ausdruck geben zu dürfen, daß aus den „Gemeinsamen Bestimmungen“ alle Vorschriften und Verpflichtungen, welche sich auf Gesinnung und politische Betätigung der Eisenbahnbediensteten außerhalb des Dienstes beziehen, entfernt werden.

II. Durch den § 152 der Gewerbeordnung ist allen in gewerblichen Anlagen beschäftigten Gehilfen, Arbeitern z. B. das Koalitionsrecht gewährleistet. Da auch die Straßenbahnen gewerbliche Anlagen sind, steht den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten — weil Gewerbegehilfen — das Recht der Koalition ebenfalls zu.

In Erwägung nun, daß anlässlich der Bewegungen der letzten Jahre seitens der Gerichte sowohl als auch von Mitgliedern der Regierung einzelner Bundesstaaten der Auffassung Raum gegeben worden ist, daß die Straßenbahner der Gewerbeordnung nicht unterliegen, fordert der Kongress:

Seitens der gesetzgebenden Körperschaften sind Bestimmungen zu treffen, in denen klar zum Ausdruck gebracht wird, daß die Straßenbahnangestellten der Gewerbeordnung unterliegen.

Der Kongress hält weiter die Einführung von Bestimmungen, welche den Angestellten die Ausübung des Koalitionsrechtes in der Praxis garantieren, für unbedingt notwendig.

III. In Erwägung,

daß der Gärtnerberuf in Deutschland im letzten Jahrhundert seinen früheren landwirtschaftlichen Charakter abgelegt und sich zu einem bedeutenden Gewerbe entwickelt hat, welches bei der Gewerbezahlung 1895 nicht weniger als 61 335 beschäftigte Personen mit technischer Ausbildung neben nur 22 248 nicht vorgebildeten Hilfsberufen anwies;

daß weiter dieses Gewerbe hinsichtlich der Regelung seiner Rechtsverhältnisse weder der Reichs-Gewerbeordnung, noch sonst einer für den Abschluß von Arbeitsverträgen maßgebenden Reichs-Spezialgesetzgebung unterstellt ist, und daher unter einer für alle darin thätigen Personen höchst nachteiligen Rechtsunsicherheit leidet;

daß infolge dieser Rechtsverwirrung die Gärtnergehilfen nicht nur zumeist der Vortheile des Gewerbegesetzes verlustig gehen, sondern auch außerhalb des Wirkungsbereiches der Arbeitergesetzgebung, der Sonntagsruhevorschriften, der Gewerbeinspektion und des Krankenversicherungszwanges gestellt werden, und daß selbst ihr Koalitionsrecht gefährdet erscheint,

fordert der vierte Deutsche Gewerkschaftskongress die gesetzgebenden Körperschaften auf, durch unabweisende Gesetzesvorschriften die gewerbliche Gärtnererei der Reichs-Gewerbeordnung zu unterstellen.

IV. In Erwägung, daß die wirtschaftliche und soziale Lage der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen sich permanent verschlechtert, es daher dringend notwendig ist, denselben Gelegenheit zu geben, sich mit ganzer Kraft gegen den hohen Grad der Ausbeutung wehren zu können, beschließt der vierte Gewerkschaftskongress: So ist mit aller Energie dafür einzutreten, daß den deutschen Landarbeitern das volle Koalitionsrecht gewährt wird.

Im Anschluß an diesen Punkt der Tagesordnung wurde von der Redaktionskommission noch unter Hinweis auf die heiligsten Güter der Arbeiterschaft die Annahme folgender Protest-Resolution empfohlen, welcher Empfehlung sich der Vertreter der Köpfer anschloß, indem er weitere Fälle ähnlicher Art aus seiner Branche anführte. Die Resolution wurde sodann einstimmig angenommen; sie lautet:

Der vierte Deutsche Gewerkschaftskongress erhebt energigsten Protest gegen die von richterlicher Seite ergebene Ansicht, die Ausübung des Koalitionsrechtes seitens der Arbeiter als Erpressung zu bezeichnen. Der Kongress erblickt in dieser Auslegung nicht nur eine der schwersten Schädigungen der Arbeiterinteressen, sondern er ist auch der Meinung, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter, welches ausdrücklich in dem § 152 der Gewerbeordnung des deutschen Arbeitern gewährt wird, durch diese richterliche Entscheidung gänzlich vernichtet wird.

Durch ein derartiges, noch anderer Ueberzeugung ganz unangelegentliches Urtheil, wird die deutsche Arbeiterschaft der Unternehmermilitäre vollständig preisgegeben und die Vertreter der deutschen Arbeiter haben daher alle Ursache, gegen richterliche Entscheidungen ihre Stimme zu erheben, die die Arbeiter nicht allein in der Verbesserung ihrer Lebenslage schwer schädigen, sondern auch ihre gesetzlichen Freiheiten vollständig unterbinden.

Der vierte Deutsche Gewerkschaftskongress muß aber umso mehr gegen diese richterliche Entscheidung Verwahrung einlegen, als dem Unternehmertum gegenüber eine solche Praxis nicht beliebt wurde. So ist die Pressung in Unternehmertum, Führung schwarzer Listen u. s. w. noch niemals als Erpressung geschahet worden.

Was aber um so schärfer den Protest des Gewerkschaftskongresses gegen diese richterliche Entscheidung herausfordert, muß ist, daß die preussischen Minister der Justiz und des Innern die Staatsanwälte angewiesen haben, in dieser Richtung zu wirken. Diese Stellungnahme der beiden Minister ist einer





gegenseitiges Entgegenkommen beendet. Errungen wurde die zehnstündige Arbeitszeit und ein Minimallohn von 15 Mark wöchentlich. Die Arbeitgeber hatten vor dem Streik die elfstündige Arbeitszeit und 12 Mark Wochenlohn geboten. Auf Stücklohn bei Reparatur ist ein ca. zehnpromzentiger Aufschlag errungen; nichts Nennenswerthes dagegen wurde erzielt bei Reparaturen, was hauptsächlich den Streikbrechern zu verdanken ist.

**Hamburg.** Was einem anständigen Mädchen in Hamburg passieren kann. Ein Fräulein A. B. kam vor einigen Abenden von einem Kontor an der Neuenburg und ging kurz nach 11 Uhr über den Grasdamm. In der Absicht, eine Straßenbahn zu besteigen, bemerkte sie, wie ihr ein Mann mit grauer Mütze folgte. Das Mädchen bestieg einen Straßenbahnwagen und fuhr nach dem Zeughausmarkt, wo es seine Schwester und deren Mann erwarten sollte. Hier stellte sich der Unbekannte wieder ein, legitimierte sich als Polizeibeamter und erklärte das Mädchen für verhaftet. Zugleich hatten sich noch zwei weitere Polizeibeamte eingefunden. Das Mädchen bekam einen solchen Schreck, daß es einer Ohnmacht nahe war und um Hilfe rief. In dem Augenblick waren auch die Schwester und der Schwager zur Stelle und erkannten die Genannte. Alle drei Personen mußten nun zur Stüttenwache, wo man ein eingehendes Verhör mit dem Mädchen anstellte. Die Schwester und der Schwager wurden unsanft aus der Wache verwiesen und warteten draußen auf die Dinge, die da kommen sollten. Das Fräulein wurde in dem Augenblicke wirklich krank. Nach etwa 20 Minuten entlassen. Es war am nächsten Tage noch von dem erlittenen Schrecken krank. Wie es möglich ist, daß man ein anständiges Mädchen einfach von der Straße aufgreifen und nach der Wache bringen kann, ist unerklärlich. Das betreffende Mädchen ist ununterbrochen 18 Jahre in einem Geschäft tätig und erfreut sich des besten Leumunds. Hoffentlich wird die bei dem Polizeiherrn eingelegte Beschwerde nicht unbeachtet bleiben.

**Hamburg.** Die Berufung der Werftarbeiter gegen das Urtheil des Landgerichts in der Klage gegen Blohm u. Bosh u. Schadener sah wegen Ausperrung wurde vom hiesigen Oberlandesgericht abgewiesen. Es wird beabsichtigt, die Sache nun ans Reichsgericht zu bringen.

**Kiel.** Drei Demonstrations-Versammlungen, in welchen über die Ausperrung im Baugewerbe und den drohenden Mietwucher referiert wurde, fanden hier am Freitag Abend statt. Etwa 5500 Personen, darunter viele Frauen hatten sich eingefunden. In den Versammlungen referierten die Genossen Adler, Poller-Kiel und Wiffell-Lübeck. Von sämtlichen Rednern wurde das ungeheuerliche Vorgehen der Baugewerks-Zunftsmeister sowie das einseitig-parteiliche Verhalten des Kieler Magistrats aufs Allerentschiedenste verurtheilt. Allseitig wurde anerkannt, daß das verwerfliche Vorgehen der Bauunternehmer nur auf das Bestreben zurückzuführen ist, Wohnungswucher zu treiben. Es wurde festgestellt, daß in diesem Jahre mindestens 1000 Wohnungen weniger fertig werden, als die ungeheure Bevölkerungszunahme der Stadt Kiel es erfordert. Hierdurch

werde eine nie erlebte schlimme Wohnungsnoth, verbunden mit schweren sanitären Gefahren für die Stadt, entstehen. Schon jetzt sei der Handel und das Geschäftsleben der Stadt aufs Empfindlichste geschädigt worden. Dem Magistrat und den Stadtvertretern wurde deshalb verlangt, daß sie sofort die nöthigen Schritte unternehmen, um unter den freitenden Parteien eine Einigung herbeizuführen. In einer gemeinsamen Resolution wurde außerdem verlangt, daß zur Abhilfe gegen die verhängnisvollen Folgen des Vorkommens der Bauunternehmer von der Stadt eine eigene Wohnungspolitik und die sofortige Errichtung von Häusern mit Zweifelhäusern in die Wege geleitet wird. Hier im „Elysium“ erhoben sich zwei Stimmen, darunter Professor Titius, gegen die Resolution, die im Uebrigen einstimmig angenommen wurde. Es wurde außerdem eine aus 7 Personen bestehende Delegation gewählt, um beim Magistrat im Sinne der Resolution vorstellig zu werden. An den Versammlungen nahmen auch die Professoren Lehmann-Hohenberg und Baumgart und viele Beamte sowie auch Mitglieder bürgerlicher Vereine theil.

**Süderleben.** Polizeiliche Gesetzwidrigkeiten gegenüber den Dänen. Die Strader-Jahres-Presse schreibt: „Ein unangenehmer Zwischenfall für die Dänen hat sich gestern wieder an der Grenze ereignet. Nachdem das dänische Versammlungshaus „Frey“ bei Christiansfeld mehrere Jahre geschlossen gewesen ist, sollte gestern zum ersten Male wieder eine Versammlung stattfinden, zu der die Dänen und deren Frauen eingeladen waren. Gegen 70 Frauen hatten sich eingefunden. U. A. sollte eine Frau Gallo aus Eslef einen Vortrag halten (angeblich über Thorwaldsen). Kaum hatte sie begonnen, als der überwachende Gensdarm eintrat und befahl, daß die Frauen alle das ganze Haus verlassen sollten. Nachdem dies geschehen war, wollte die Rednerin weitersprechen, doch mußte auch sie den Saal verlassen. Mehrere dänische Agitatoren redeten noch paar Worte, worauf die gestörte Versammlung geschlossen wurde. Man will nun Beschwerde über das Vorgehen des Gensdarmen, der natürlich in höherem Auftrage gehandelt hat, führen.“ — Schlimm genug, wenn die Gensdarmen „in höherem Auftrage“ gesetzwidrige Handlungen begehen und die Replikenspresse dann diesen gesetzwidrigen Handlungen Beifall zollen muß.

### Beste Nachrichten.

**M. mel.** Wegen Mordes verurtheilte das Schwurgericht den hiesigen Herrich Rodjahn aus Winge zum Tode. Er hat im September des 6. Monats alten Sohn seiner Geliebten vergiftet. Dies wurde wegen Beihilfe zu sechs Jahren Zuchthaus verurtheilt.

**Posen.** Gewaltige Balkenbrüche, die im Verein mit starken Gewittern vielen Schaden und große Verheerungen anrichteten, gingen Sonnabend Nachmittag über die Stadt und einen Theil der Provinz Posen nieder.

**Nürnberg a. S.** No. ein Todesurtheil. Der 22-jährige, aus guter Familie stammende Hülfsarbeiter Höpfer aus Kitzingen wohnte dort mit den Hilfsarbeiter Esfurthens Eheleuten zusammen. Er knüpfte mit der 31-jährigen Frau ein Verhältnis an, und am 11. März d. J. erschoss er am Aufstiege der

Frau den Eheemann Esfurth im Walde und brachte dem Betroffenen mit seinem Messer noch ungefähr 40 Stiche bei. Darauf verkümmerte er die Leiche im Walde. Die Ehefrau Esfurth vergiftete sich nach ihrer Vernehmung mit Strichguth. Höpfer wurde wegen Mordes vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurtheilt.

**Leipzig.** Diebstahl. In einer der letzten Nächte haben die Diebe einen etwa 8 Zentner schweren Gelbschrank mit Inhalt geklaut.

**Leipzig.** Wegen bedauernder Unterschlagungen wurde in Landach der hiesige Eparkissenskanzler Spremer verhaftet.

**Münster.** Ein mächtiges Kohlenlager wurde bei dem Dorfe Ester bei Bielefeld in einer Tiefe von ungefähr 991 Metern angelegt.

**Münster.** Wegen Doppeltaxe verurtheilte die hiesige Strafkammer den Zimmermann Schmal am 2. Juni zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und drei übrigen Nebenverurtheilungen. Schmal hatte sich in Dangelshaus, London und Brüssel verbeugelt. In Köln wurde er von der zweiten Frau erkannt, festgehalten und dem Strafrichter zugeführt.

**Naug.** Meuterei im Gefängniß. Während eines Spazierganges auf dem Gefängnißhofe meuterten 12 Gefangene. Sie überfielen zwei Aufseher, festsetzten diese, bemächtigten sich der Schlüssel und entkamen unbemerkt. Bisher sind erst zwei der Flüchtlinge wieder ergriffen worden.

**Drüffel.** Eisenbahn-Unfall. In dem Bahnhof von Drüffel fand ein Zusammenstoß zwischen einem Güterzug und einem Personenzug statt. Glücklicher Weise befanden sich wenig Personen in dem Zug. Verletzt wurden 10 Passagiere.

**Rom.** Bei den Ausgrabungen auf dem Forum Romanum wurde am Freitag in der Nähe des Tempels der Faustina die erste der alten Akropolis von Rom angelegte Grabstätte einer nicht durch Feuer befallenen Leiche aufgefunden. In dem Grabe fand man Theile eines Skeletts, von welchem man annimmt, daß es aus den Zeiten der Gründung Roms stammt.

**New-York.** In die Polarregion getrieben. Der von der Goldgräberstadt Nome in Sitka (Staat Washington) eingetroffene Dampfer „Nome City“ berichtete, der Dampfer „Portland“, mit Passagieren an Bord, sei vom Eise erfasst und in die Polarregion getrieben worden. Ein Postbote ist abgegangen, um dem Dampfer Hilfe zu bringen. Die Lage des Dampfers wird für gefährlich gehalten.

### Briefkasten.

**Koch'sche Werk.** 1. Keine Sonderrechte. 2. Nein; das Bürgerliche Gesetzbuch ist für das ganze Deutsche Reich maßgebend. C. G. in St. Bin leider heute verhindert. St.

### Lübener Marktpreise vom 21. Juni.

Banern-Butter 1,00 Mk., Meierei-Butter 1,10 Mk., Gansen-Butter 1,20 Mk., Enten-Butter 2,80 Mk., Hühner-Butter 1,80 Mk., Käse 1,00 Mk., Tauben-Butter 0,55 Mk., Gänse-Butter 1,00 Mk., Fildgans-Butter 0,50 Mk., Schweinefleisch 1,00 Mk., Rindfleisch 1,20 Mk., Eier 11 Stück 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karren 1,00 Mk., Karren 80 Pfg., Heide 60 Pfg., Barische 60 Pfg., Mal 0,80 Mk.

### Wermuthaus-Stiermarkt.

Samstag, 21. Juni  
Der Schweißhandel verlief gut.  
Hagelsturm war zu 1020 Stück, davon vom Norden — vom Süden — 500 Stück. Beste: Schweißwolle — 100. Verarbeitete: Schweißwolle 57—59 Mk., Seide 68—60 Mk., Seide 48—52 Mk. und Seide 57—59 Mk. pr. 100 Stk.

**Schnell und reell. Fünfhausen 28. Herrensohlen mit Fleck 1.90 Mk., Damensohlen mit Fleck 1.40 Mk. Bei 25 Mk. in Bond ein Paar Sohlen mit Nieten gratis.**

**Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.**

H. T. V.  
Dienstags Abend 8 1/2 Uhr: Festkommission (Kochrechnung).

Zu vermieten zum 1. Juli 2. Etage Ludwigsstraße 37 a, 3 Zimmer, Küche, Keller, Boden. Nr. 230.

Unfahndelhaber  
ein freundliches Portier-Pogis zu vermieten. Herdingstraße 22, Hofkammer.

**Zu verkaufen ein Koffer**  
Friedrichstraße 37 a.

Zu verkaufen eine Drehsäge mit Support passend für Drechsler  
1. Holzstraße 15.

**Ein gut erhaltenes Fahrrad**  
zu verkaufen  
Humboldtstraße 43 1/2.

**Ein eiserner Regulirfen**  
billig zu verkaufen. Käfers  
Hauptstraße 79.

**Ziegelsteine!**  
Verkauf am Samstagsmorgen, unterhalb Hühnerstraße.

**H. Venohr, Schneider,**  
wohnt jetzt  
Hauptstraße 40, Hintergebäude.

**Hochfeine 5 und 6 Wfa.-Zigarren**  
feiner Qualität empfiehlt  
W. Wolf, 37 Salzschneckenstraße 37.

**Holzhandlung A. P. Krickhuhn**  
besetzt das Lager Wasser, b. b. Hühnerstraße,  
nach der Kanallstraße, unterhalb Hühnerstraße.

**G. W.**  
Morgen Piratag, Abds. 8 1/2 Uhr.

Im Verlage von R. Lipinski in Leipzig ist erschienen und durch unsere Buchhandlung zu beziehen:

**Bibliothek des prächtigen Wissens.**

Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.  
Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.  
Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

**Gothmunder Treibel-Fest**  
am Sonntag den 29., Montag den 30. Juni.

Sie erlauben uns, das geehrte Publikum zu diesem alten, schönen Fischen-Fest herzlichst einzuladen im Namen der Lübecker und Gothmunder Fischweiber.

**Fr. Westphal,** **N. Heitmann,**  
Schnitz. **Kellermann.**

**Für sauren und gebackenen Aal ist bestens gesorgt.**  
Dampfschiffahrt an beiden Tagen. Abfahrt Travenspavillon.

**Prima Galtstiefel, Arbeitsschuhe, Segeltuchschuhe, sammtl. Kinder- u. Damen-Fußzeug, Hüte, Mützen, Gassen, Graden, alle Arbeiter-Garderoben, Herren-Jacke, Wäsche, Cravatten, Schürzen, Wollwaren, Woll- und Kammergarn, diverse Manufaktur**  
empfehlen bestens und billigt  
**Rud. Kracht, Rabeburger Allee 40.**  
NB. Sammlische obigen Artikel auch zu haben bei **Karl Wille, Salmunz.**

Ihren reinigen . 1.50,  
Federn einsehen . 1.50,  
1 Jahr Garantie. 20  
Hirsgläser 1. Qual. 0.30

**Aug. Böttner,**  
Optiker,  
Hauptstraße 22.

**Empfehlungs-Karten**  
Die Druckerei des Lbh. Volksboten.

**Geschäfts-Gründung.**  
Eurem werthen Publikum Lübecks sowie sämtlichen Freunden und Bekannten theile ich hierdurch mit, daß ich dieser Tage Glockengießerstraße 67, Ecke 2g. Lohberg einen

**Rasir-, Frisir- u. Haarschneidesalon**  
eröffnet habe. Indem ich mich bemühen werde, den mich beehrenden Kunden saubere und prompte Bedienung zusammen zu lassen, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll  
**Fr. Ohrt, Friseur.**

**Prima lange Malta-Kartoffeln,**  
feinste  
**Matjes-Seringe,**  
sehr zarter Fisch. Prima  
**Sommerfang-Seringe**  
empfehlen  
**T. Buhrmann.**

**Donnerstagziehung**

**Lübecker Lotterie.**

Empfehle Loose 1. Klasse in großer Nummern-Auswahl.  
1/3 1/4 1/2  
75 Pfg. Mk. 1.50 Mk. 3

**Paul Würzburg**

Haupt-Kollekteur  
Markt 14. Fernspr. 959.

**Solarbeiter-Verband**

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag den 24. Juni  
Abends 8 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50, 52  
Tages-Ordnung:  
1. Vereinsangelegenheiten.  
2. Fragekasten.  
3. Verschiedenes.  
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Lokalverwaltung.

Beim nächsten Heft für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Scherz und Neckereien“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stilling. — Verleger: Theodor Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sammlische in Lübeck.

## Sachsen.

Schw. T. Nach den Bulletin zu urtheilen, welche die bürgerlich Presse seit Wochen über den im 74. Lebensjahre verstorbenen König Albert von Sachsen (regierte seit 29. Oktober 1873) veröffentlichte, hätte die Erkrankung dieses „Landesvaters“ die Gemüther der sächsischen Bevölkerung schwer umbüßert wie die Krankheit eines geliebten Vaters die Herzen seiner Kinder und Familie. Indessen weiß alle Welt, was von solchen Byzantinismen zu halten. Sie gehören zu den konventionellen Lügen, die auch von den Patentmonarchisten nicht ernst genommen werden.

Wir wüßten nicht, daß der König Albert sich durch besondere sogenannte „Herrscher-tugenden“ ausgezeichnet hat. Zwar die Nekrologe der Ordnungspresse verfehlten nicht, ihm allerlei Schönes nachzurühmen. Das bringen sie immer fertig, wenn ein Monarch stirbt, wie immer er gewesen sein mag; wie es auch geistliche Grabreden fertig bringen, den Reichen und Vornehmen nur Gutes nachzusagen und nur bei armen Teufeln das de mortuis nil nisi bene (Verstorbenen soll man nichts Uebles nachsagen) nicht zur Anwendung bringen.

Das sächsische Proletariat hat am wenigsten Grund, dem König Albert eine Thräne nachzuweinen. Die unter seiner Regierung getriebene Arbeiterpolitik hat Sachsen mit unauslöschlicher Schmach bedeckt. Nirgends ist das Sozialistengesetz so bössartig gehandhabt worden, nirgends hat die Polizei die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiter und ihre Organisationen mit so ausgefeiltem Raffinement drangsalirt, nirgends hat die Klassenjustiz wüstere Orgien gefeiert als in Sachsen. Das Verurtheilte aber, was die sächsische Reaktion verbrochen hat, war der 1896 an der Arbeiterschaft verübte Wahlschraub, der sämtliche Vertreter des Proletariats aus dem Landtag hinausdrängte und die Klinte der Gesetzgebung ausschließlich dem Gelpfad in die Hände spielte. Und unter dieses Wahlgesetz, diesen Staatsstreich in gesetzlichen Formen, hat der König Albert seinen Namen gesetzt!

Wir machen die Fürsten nicht in erster Linie verantwortlich für die schlechte Politik in ihrem Lande, wir wissen, daß sie mehr die Geschobenen als die Schiebenden, und die herrschenden Klassen die eigentlichen Macher der Politik sind, die der Monarch besiegelt. Aber noch ist der Einfluß der Fürsten bedeutend genug auf Gesetzgebung und Verwaltung, um schlechte Streiche zu verhindern, wenn der ernsthafte Wille dazu vorhanden ist.

Seit Jahrhunderten gehörte Sachsen zu den ökonomisch fortgeschrittensten Ländern Deutschlands. Das ist nicht das Verdienst seiner Fürsten, sondern eine Wirkung seiner geographischen Lage und des Reichthums seiner Bodenschätze — Silber, Erze und Kohlen. Auf dieser vorangeschrittenen ökonomischen Grundlage entwickelte sich frühzeitig ein höheres Geistesleben und entstanden politische Bedürfnisse, welche die staatlichen Gewalten zwangen, mehr und früher als anderwärts der Zeitströmung Rechnung zu tragen. So fand die Reformation und die mit dieser Hand in Hand gehende revolutionäre Bewegung der Kleinbürger und Bauern dort den lebhaftesten Wiederhall. Desgleichen fand in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die bürgerliche Bewegung für eine konstitutionelle Verfassung und die Schaffung einer deutschen Nationalen einheit kräftige Unterstützung, und Sachsen zählt zu den ersten deutschen Staaten, die eine konstitutionelle Verfassung erhielten. Das Jahr 1848 sah die große Mehrheit des sächsischen Volkes auf Seiten der revolutionären Bewegung für Deutschlands Freiheit und Einheit, die sich sturmartig über das ganze Land verbreitete und im Dresdener Aufstand von 1849 ihren Höhepunkt erreichte. Niedergeworfen von einer ebenso bornirten wie in ihren Mitteln fruppelosen Reaktion der Staatsgewalt, welche

die Errungenschaften der Revolutionsjahre mit einem Federstich auszulöschen drohte, erhob sie sich sofort wieder, als die Zeiten günstiger wurden, und die neue politische Bewegung in Deutschland, die um 1860 begann, fand in Sachsen ihr stärkstes Echo.

Eine Wendung der Dinge brachte das Jahr 1866. Im preussisch-österreichischen Krieg war Sachsen Bundesgenosse Oesterreichs. Die Preußen rückten in Sachsen ein. Mit knapper Noth entging Sachsen der von einer einflussreichen Partei im Lande lebhaft gewünschten Annexion durch Preußen und das regierende Haus der Wettiner seiner Deposition durch die Hohenzollern. Das machte jenes mühe. Die Staatsgewalt fand gerathen, mit der kapitalistischen Bourgeoisie ihren Frieden zu machen. Nachdem schon 1862 die Gewerbefreiheit und 1865 ein bürgerliches Gesetzbuch eingeführt worden war, wie es die immer mächtiger werdende industrielle und kommerzielle Entwicklung des Landes brauchte, wurde nun auch ein neues liberales Landtagswahlgesetz erlassen, und der nach demselben gewählte Landtag beschloß u. A. Verbesserungen des kommunalen Wahlrechts. Nachdem 1871 Sachsen dem Deutschen Reich beigetreten war, konnte der Kapitalismus sich in diesem seinem deutschen Emporium mächtig emporkrecken und für die Bourgeoisie brach ein goldenes Zeitalter an.

Aber wie es im „Kommunistischen Manifest“ heißt: „In demselben Maße, worin sich die Bourgeoisie, d. h. das Kapital entwickelt, in demselben Maße entwickelt sich das Proletariat“ und der Gegensatz beider Klassen. Sachsen wurde die Hochburg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Und je mehr sie erstarkte, desto mehr zitterte die Bourgeoisie für ihre Profite und wuchs ihre alberne Angst vor dem durch Bismarcks Reptilien ihr noch besonders suggerirten „Umsturz“. Auf der Höhe ihrer Klassenherrschaft hätte sie gerne die Leiter, auf der sie selbst emporgelangen, zerklagen. Sie feige unter den Schutz der Reaktion dehend, reichte sie ihren schlimmsten Feinden, den Feudalen die Hand zum Bunde wider die Arbeiterbewegung und unterstellte und ermunterte die Staatsgewalt zu der schmachvollen Wirklichkeit, die das Schandgesetz, womit die Arbeiterbewegung erdrückt werden sollte, weit über dessen zwölfjährige Dauer im Reich verlängerte und landespolitisch fortsetzte.

Vergebens. Die infamsten Verfolgungen, Schuhriegelungen und Vergationen konnten ihr nichts anhaben, ihr mächtiges Anschwellen nicht aufhalten. Die Organisationen und ihre Presse gediehen immer kräftiger, und hatte man ihre Vertreter aus dem Landtag hinausgedrängt, so drangen sie um so zahlreicher in den Reichstag ein, wo mehr als einmal die sächsische Klassenjustiz auf die parlamentarische Anklagebank geschleift und an den Pranger gestellt ward. Und bereits spürt die sächsische Bourgeoisie die üble Wirkung ihrer Bundesgenossenschaft mit der Reaktion am eigenen Leibe, wie die neuesten von uns berichteten Vorgänge beweisen.

Eine andere Angst hat inzwischen die sächsischen Liberalen befallen, namentlich seitdem der Neffe des verstorbenen Königs Albert und Bruder seines Nachfolgers, der Prinz Max, die priesterlichen Weihen genommen hat (die Dynastie ist katholisch) und für die „Alleinseligmachende“ eifrig agitirt. Das Königreich Sachsen, jammerte vor einiger Zeit ein kulturkämpferisches Organ, ist von jeher auf sein evangelisches Bekenntniß stolz gewesen. Seit einiger Zeit aber entfaltet Rom immer eifriger seine Macht in dem evangelischen Lande. Es ist ein offenes Geheimniß, daß den römischen Bestrebungen außer dem Bruder des Königs namentlich die Frauen des Hofes geneigt sind. Der Klerikalismus macht gewaltige Anstrengungen und Fortschritte. Wenn das so fortgeht, wehklagt die Kassandra des Evangelischen Bundes, ist die evangelisch-lutherische Landeskirche in zehn Jahren aufgefogen und Sachsen katholisch. — Man mag über die beiden Konfessionen denken, wie man will, der Zusammenhang mit den politischen Zuständen Sachsens in den letzten Jahrzehnten ist nicht zu verkennen. In den

Sümpfen der weltlichen Reaktion gedeiht der Klerikal Leviathan.

Der anschwellenden Fluth der Arbeiterbewegung wird die sächsische Reaktion, die schon jetzt im Abflauen begriffen, nicht mehr lange Stand halten können.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Maurerstreik in Koblenz dauert unverändert fort. Die Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“, daß die Ausständigen die Arbeit theilweise zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen hätten, ist falsch. Zugug ist nach wie vor fernzuhalten. — Der Ausstand der Pferdehabeanten in Neapel, der von den Rutschern solidarisch unterstützt wird, scheint bei der Regierung Besorgniß erregt zu haben. Die Garnison wurde von auswärts auf 10 000 Mann verstärkt, ebenso das Geschwader am Hafen, das 1000 Matrosen landete, die den Ferdinandoplatz besetzten. Außerdem verhaftete die Polizei alle Camorristen unter den Rutschern und andere „gefährliche“ Elemente, im Ganzen 300. Es besteht die Gefahr der Ausdehnung des Streiks auf die Hafenarbeiter, Wasserwerbeamte und Bäcker. Die Bäcker klagen über die strenge Zensur.

**Noch ein Sieg.** Als letzte Nachricht von den Gemeindevahlen in Elßa-Lothringen liegt noch das Resultat aus Markirch vor, wo unter den Gewählten sich sechs Sozialdemokraten befinden.

**Der 16. ordentliche Berufsgenossenschaftstag** hat dieser Tage in Düsseldorf stattgefunden; ca. 150 Vertreter der betr. Verbände und Genossenschaften waren erschienen. Es gelangte zunächst mit großer Majorität ein Antrag zur Annahme, die verbündeten Regierungen zu bitten, unverzüglich auf eine Aufhebung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900 und Wiederherstellung der früheren Bestimmungen Bedacht zu nehmen. Durch die geplante Erhöhung der vorhandenen Reservefonds würde die Industrie, insbesondere das Kleingewerbe, schwer belastet, und durch Festlegung der hierfür erforderlichen Summe von 400 Millionen Mark ein gewaltiges Kapital der produktiven Vermehrung innerhalb der Industrie noch dazu in einer Zeit wirtschaftlicher Bedrängniß entzogen. Auch könne befürchtet werden, daß durch eine derartige Mehrbelastung der deutschen Industrie deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte, besonders gegenüber dem amerikanischen Wettbewerber, leiden könne. Von anderer Seite wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß die Kapitaldeckung einer vorhandenen Schuld unter allen Umständen, wenn auch ev. unter Verlangsamung des Tempos, durchgeführt werden müsse. Die Beschlußfassung über einen weiteren Antrag, der sich auf die Stellung der Vertrauensärzte in den Berufsgenossenschaften bezieht, mußte infolge Nichterscheinens des Referenten vertagt werden. Dem Klassenbericht zufolge beläuft sich das Verbandsvermögen auf rund 20 000 Mark. Die aus dem Ausschuß ausscheidenden drei Berufsgenossenschaften wurden wieder- und als Ort des nächsten Verbandstages Dessau gewählt.

**Der Sozialismus in Sibirien.** Der im vorigen Jahre begründete sibirische sozialdemokratische Verband ist in erfreulichem Wachstum begriffen, theils sammelt er die nach Sibirien versprengten Theilnehmer der Organisationen im europäischen Rußland, theils ist es ihm gelungen, auch in der örtlichen Bevölkerung Wurzel zu schlagen. Der Verband steckte sich anfangs vorwiegend zum Ziel, die sibirischen Ortschaften mit der verbotenen Literatur zu versorgen, legte dann aber in seiner weiteren Thätigkeit an die Organisation von Demonstrationen eifrig die Hand an. So war unter anderem auch die diesjährige Matmanifestation von Tomsk sein Werk. Die Regierung lebte bis in der letzten Zeit in der Vorstellung, daß sie sich darüber, was hinter dem großen Schlagbaum, der das asiatische Rußland von dem europäischen Rußland trennt, vorgeht, nicht zu be-

## Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Kreßer.

20. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Als Ritter heute zu Holzigs kam, fand er die Damen wie gewöhnlich bei dem schönen Wetter auf dem Balkon, der nach einem kleinen Garten hinter dem Hause hinaus ging, fleißig bei einer Handarbeit sitzend. Die Lampe brannte bereits und nachdem sein Auge sich an den hellen Schein gewöhnt hatte, erblickte er auch zu seinem Aerger Feigentohl wieder, der Klara vis-à-vis saß und die Ecke eines Stuhlmüßers auf ihrem Schooß aufmerksam betrachtete. Er schien sich dabei eindringlich zu unterhalten und gerade an Klara eine Frage gerichtet zu haben, die sie etwas verlegen gemacht haben mußte, denn sie hielt den Blick gesenkt, während Feigentohl sie scharf ansah. Als Ritter durch die Glasthüre trat und laut „Guten Abend“ sagte, schraf sie zusammen und streckte ihm sofort die Hand entgegen:

„Guten Abend, Reinhard.“  
Sie hatte das Wort „Reinhard“ besonders betont. Feigentohl lächelte dabei und dachte bei sich: „Sie ist kokett und will dich ärgern.“ Aber eine merkwürdige Unruhe kam über ihn, wie immer bei Ritters Anblick. Die Ruhe des jungen Mannes brachte ihn stets in Verlegenheit, dabei ärgerte es ihn, daß, wenn Alle über seine Witze und Wortspiele lachten, Ritter allein ernst blieb.

Selma rückte etwas zurück und schob einen Sessel hin, auf dem Ritter an ihrer Seite Platz nahm. Der Unmuth, der beim Anblick Feigenthals in ihm aufstieg, war sofort wieder durch die fremdliche Begrüßung Klaras verdrängt worden. Selma, die etwas versteckt hinter einem Kleander saß und ihre Arbeit bei Seite gelegt hatte, küßerte Reinhard zu:

„Klara hat ihm eben erzählt, daß Sie an einem

Roman arbeiten, — er sagt, daß er Sie nicht für besonders talentvoll halte. Er hätte Ihnen sämtliche Manuskripte zurückschicken müssen. Wenn er darauf zurückkommt, fertigen Sie ihn nur ordentlich ab. Ich stehe Ihnen bei.“

Sie rieb sich wie ein Kind vergnügt die Hände. Reinhard empfand große Lust, bei der ersten besten Gelegenheit der Arroganz Feigenthals die Stirn zu bieten. Er fand die Aeußerung des Doktors über ihn frech und anmaßend, um so mehr, als er wußte, daß Feigentohl keines seiner Manuskripte gelesen hatte.

Feigentohl kam ihm darin entgegen, denn er begann in seinem leichten Konversationsston:

„Wir sprechen eben davon, Herr Ritter — Sie arbeiten augenblicklich an einem großen Roman? Darf man etwas Näheres über den Inhalt, Stoff, Held oder Heldin erfahren? Wo gedenken Sie ihn erscheinen zu lassen?“

Ritter fühlte den verhaltenen Spott, der diese Fragen begleitete. Er gab kurz zur Antwort:

„Ich verstehe mit der Feder besser zu erzählen, als mit dem Munde. Verzeihen Sie also gefälligst, wenn ich nicht näher darauf eingehe. Ich hoffe, daß Sie ihn noch zur Zeit in die Hände bekommen werden.“

Feigentohl lächelte malitios und erwiderte darauf zweideutig:

„Ich will es auch hoffen.“ Dann wandte er sich zu Frau Holzig:

„Was doch so in der Welt zusammengeschrieben wird, verehrte Frau, davon können Sie sich gar keinen Begriff machen. Wir Redakteure wissen das am besten. Nach meiner Berechnung kommt auf je hundert Menschen hier in Deutschland bereits ein Schriftsteller, und es wird schließlich noch soweit kommen, daß man nächstens höheren Orts sich genöthigt sehen wird, Maßregeln zu

ergreifen, gegen eine Epidemie, die man Literatenseuche nennt.“

Das war ein echt Feigentohl'scher Witz, frivol und gehaltlos, aber Frau Holzig und Klara sahen sich doch genöthigt, zu lachen. Selma schüttelte nur stumm mit dem Kopfe und Ritter hatte eine Antwort bereits auf den Lippen. Er sagte schnell:

„Dann dürften Sie, Herr Doktor, doch einer der Ersten sein, der davon ergriffen wird.“

Feigentohl wurde roth und preszte hervor:

„Wie meinen Sie das?“

„Sehr einfach. Weil Ihre Feder am meisten von der Bielschreiberei infizirt ist.“

Klara wandte sich erstaunt nach Reinhard um. Es war das erste Mal, daß sie ihn gereizt und factisch sprechen hörte. Selma freute sich innerlich und nickte ihm zeitweilig zu.

Feigentohl hatte diese Zurechtweisung nicht erwartet. Ritter fuhr fort:

„Es zeugt überhaupt von einer geringen Kenntniß der Aufgabe unserer Literatur, wenn Sie jeden Menschen, der sich für einen Schriftsteller hält, mit einem solchen indifferenzen wollen. Es gibt nur wenige, sehr wenige wahre Schriftsteller in der Welt: die Meisten, die sich dafür halten oder Andere glauben machen wollen, daß sie es seien, sind weiter nichts als platte Gedankenabschreiber.“

Feigentohl lächelte wieder malitios, aber es sah etwas gezwungen aus. Er fühlte, daß Ritter das ernst nahm, was er als scherzhaft hingestellt haben wollte. Aber diesem Nebenbuhler gegenüber durfte er sich keine Blöße geben. Er baute auf seinen Witz, mit dem er die idealen Ansichten Ritters schließlich lächerlich zu machen glaubte.

Er begann spöttisch wie gewöhnlich:

„Platte Gedankenabschreiber? Das deutsche Sprachlexikon wird nicht besonders erbaut sein, gerade von Ihnen um diesen Ausdruck bereichert worden zu sein.“

